

Nach den Grenzzäunen
müssen auch
die Sprachbarrieren fallen

Wo Europa konkret wird

Erwin Teufel

Noch bis vor wenigen Monaten waren sich die Kommentatoren einig, dass der deutsch-französische Motor „stottert“, nicht „rund läuft“ oder gar „streikt“. Man trauerte den Zeiten enger persönlicher Beziehungen zwischen deutschen und französischen Staatsmännern wie Kohl und Mitterrand nach. Inzwischen herrscht im deutsch-französischen Verhältnis offizielle Betriebsamkeit. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung titelte am 25. November 2002: „Fischer sucht im EU-Konvent das Einvernehmen mit Frankreich, weiß aber noch nicht, worüber.“ Eckart Lohse stellte in dem Artikel fest: „Die Zahl der Treffen Schröders mit dem französischen Präsidenten Chirac nimmt in jüngster Zeit zu und damit die Intensität ihres Austausches. Dahinter steckt eine Erkenntnis, die in der deutschen Nachkriegsgeschichte zwar nicht neu ist, aber offenbar noch einmal mit neuem Leben gefüllt werden soll.“

Die wichtigsten Baumeister

Aus meiner ganz persönlichen Erfahrung als Ministerpräsident eines Landes, das eine lange und historisch schwierige Grenze zu Frankreich hat, als Vorsitzender der deutsch-französischen Freundschaftsgruppe im Bundesrat und als ehemaliger Bevollmächtigter für die kulturellen Beziehungen mit Frankreich kann ich bestätigen: Frankreich und Deutschland ist seit dem Zweiten Weltkrieg eine außergewöhnliche politische und wirtschaftliche Annäherung gelungen. Die Versöhnung wurde 1963 mit der Unter-

zeichnung des Élysée-Vertrages besiegelt und ermöglichte beiden Ländern, zu den wichtigsten Baumeistern des gemeinsamen Europas zu werden, das mit der Schaffung einer gemeinsamen Währung in eine neue Phase getreten ist.

Niemals vorher waren sich die beiden Länder so nah: Dies zeigt sich in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verflechtung, im Handel, in den Partnerschaften zwischen Gemeinden, Regionen und Unternehmen, in der Entwicklung des Jugendaustausches, der Schulpartnerschaften, der Zusammenarbeit zwischen Universitäten, in den deutsch-französischen Clubs und Kulturvereinigungen.

Nach der Zerschlagung des Nationalsozialismus und der Besetzung durch die Alliierten war Deutschland militärisch, politisch und auch moralisch am Ende. Die Beziehungen zu Frankreich befanden sich auf einem absoluten Tiefpunkt. Die weitere Entwicklung Deutschlands hing wesentlich von den Siegermächten ab. Das neuerliche Aufleben eines mächtigen Landes in der Mitte Europas sollte ein für alle Male verhindert werden.

Die Montanunion

Als wegweisende Idee erwies sich die Bildung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl – der Montanunion. Es ist an den großen Europäer Robert Schuman zu erinnern. Der Vertrag trat am 23. Juli 1952 in Kraft und sah für die Dauer von fünfzig Jahren bis zum Jahr 2002 die Schaffung eines gemeinsamen Marktes

Adenauer und de Gaulle 1962 in der gotischen Kathedrale von Reims.

© IN-Press



für die Kohle und Stahl erzeugende Industrie vor. Erstmals wurden nationale Hoheitsrechte einer supranationalen Behörde übertragen.

Von Anfang an brachte die Montanunion bedeutende Erfolge im Aufschwung des Handelsaustausches und des Produktionswachstums, in der Modernisierung der Anlagen, im sozialen Bereich. Es wurde damit ein wichtiger Beitrag zur Friedenssicherung geleistet.

Ein wichtiger Aspekt liegt darin, dass die Montanunion die Gewohnheit der

Zusammenarbeit, die Arbeitsmethoden der zukünftigen gemeinschaftlichen Instanzen vorwegnahm.

Der Élysée-Vertrag

Frankreich und Deutschland sind unbestritten Ecksteine des europäischen Gebäudes. Wenn Paris und Berlin in einer wichtigen Frage einverstanden sind, fügt sich ein neuer Stein in dieses Gebäude. Wenn jedoch beide Länder in ihre alte Tradition der Rivalität zurückfielen, gäbe es keinen Fortschritt in Europa. Dennoch

schließt der historische Imperativ der Versöhnung nicht aus, dass es in den täglichen Geschäften zwischen Deutschland und Frankreich auch Widersprüche gibt.

Der Deutsch-Französische Vertrag von 1963 mag nicht mehr so stark in den Köpfen der Menschen verankert sein, doch ist er durch ein enges Netz von Beziehungen auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene gelebte Realität. Hinzu kommt: Die regelmäßigen Gipfeltreffen geben wichtige Anstöße für die bilaterale Zusammenarbeit ebenso wie für die europäische Integration.

Der deutsch-französische Freundschaftsvertrag, der für de Gaulle und Adenauer das Ende einer Jahrhunderte dauernden Rivalität bedeutete, hat zu einem Sonderverhältnis zwischen Deutschland und Frankreich geführt, das in Europa ohne Beispiel ist. Entschlossenes Handeln hat gesellschaftliche Prozesse verstärkt und richtungsweisend gewirkt. Dabei sind uns große symbolhafte Handlungen nachhaltig in Erinnerung geblieben: Helmut Kohl und François Mitterrand, 1984 Hand in Hand in Verdun, setzten ein Zeichen für die Aussöhnung und unterstützten entschlossen den Prozess zu den Maastrichter Verträgen, der Einführung des Euros, der Erweiterung der Europäischen Union.

Der Élysée-Vertrag stellte die deutsch-französischen Beziehungen auf eine neue Grundlage. Als bilaterale Abmachung ist er Ausdruck der Konzeption eines Europas der Vaterländer. Engagierte Europäer – unter ihnen Jean Monnet – haben den Vertrag daher anfänglich abgelehnt. Sie sahen darin ein Manöver gegen die Institutionen der Gemeinschaft.

Die Kritiker des Élysée-Vertrages hatten – das kann man heute mit Fug und Recht sagen – Unrecht. Sie verkannten die Möglichkeiten des bilateralen deutsch-französischen Verhältnisses, als Motor für die europäische Einigung zu wirken. Diese Zusammenarbeit aber hat die im-

mensen Fortschritte des europäischen Einigungswerks erst möglich gemacht. Die alte Gegnerschaft auf dem Kontinent wurde über und durch die europäische Einigung überwunden; dies wieder gab Europa einen starken Impuls. So war die deutsch-französische Partnerschaft über die Jahrzehnte hinweg eine der stärksten Antriebskräfte für Europa. Der Kern der deutsch-französischen Freundschaft ist europäisch.

Deutsch-französische Gemeinsamkeiten sind fast immer auch europäische Gemeinsamkeiten. Zwischen Deutschland und Frankreich erzielte Kompromisse stellen immer wieder mögliche Lösungen im größeren europäischen Rahmen dar – auch für neue Herausforderungen in der Zukunft. Mit dem Jahr 1989 hat sich vieles geändert, was zu den unumstößlichen Gewissheiten in Europa gehörte. Es ist nicht die Außenhandelspolitik, nicht die Harmonisierung technischer Vorschriften und nicht die Wettbewerbskontrolle, die Europa zusammenhält. Auch die Regierungen und Parlamente allein sind dazu nicht in der Lage. Es ist das gemeinsame Ziel, eine Zone des Friedens und des Wohlstands in Europa und darüber hinaus zu schaffen.

Die Ereignisse in jüngster Zeit haben uns schmerzlich vor Augen geführt, wie vordringlich wir uns um Lösungswege für weltweite Konflikte bemühen müssen. Hier ist verantwortliches, abgestimmtes und gemeinsames Handeln der Partner gefragt.

Überwindung von Grenzen

Baden-Württemberg arbeitet grenzüberschreitend eng mit dem Elsass und den Departements Haut-Rhin (Oberelsass) und Bas-Rhin (Unterelsass) zusammen. Dies erfolgt in enger Abstimmung mit den angrenzenden Schweizer Kantonen.

Mit der Einführung des Französisch-Unterrichts ab Klasse 1 der Grundschule am Oberrhein schafft Baden-Württem-

berg die Grundlage, dass die junge Generation die Sprache des Nachbarn beherrscht. Wir sind aufgefordert, nach den Grenzzäunen und Schlagbäumen die Sprachbarrieren wegzuräumen. Alle Verantwortlichen in Deutschland und Frankreich sind aufgefordert, sich tatkräftig für das Erlernen der Sprache des Nachbarn einzusetzen und den Worten auf Gipfeln und den Absichtserklärungen Taten folgen zu lassen.

Eine wichtige Rolle spielen in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit die Vereinbarungen im Bereich von Bau- und Planungsarbeit, Polizei und Justiz, im Bereich von Katastrophenschutz und -hilfe und im Bereich des Umweltschutzes. Seit Dezember 2002 gibt es in Kehl das deutsch-französische Polizeizentrum mit rund fünfzig Beschäftigten, die nunmehr wirklich grenzüberschreitend arbeiten können.

Die Zusammenarbeit bei den kommunalen Gebietskörperschaften, Verbänden und Vereinen sowie der Wirtschaft gewinnt zunehmend an Bedeutung. Geprägt wird die Zusammenarbeit auch durch die Strukturpolitik der EU, die seit 1990 mit der Gemeinschaftsinitiative „Interreg“ Förderprogramme anbietet, die das Land Baden-Württemberg in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nutzt. Das Land ist bei den Programmen ein wichtiger Kofinanzierungspartner. In diesem Zusammenhang sei nur auf den jüngst geschaffenen Universitätsbund Oberrhein Eucor hingewiesen.

Mit besonderem Interesse werden die aktuellen französischen Pläne zur Dezentralisation verfolgt, die auch der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit neue Perspektiven eröffnen können.

Einmalige Erfolgsgeschichte

Dieses Jubiläum bietet vielerlei Gelegenheit, sich damit auseinanderzusetzen, wie Impulse gegeben werden können, um die Freundschaft auch in Zukunft lebendig zu

gestalten. Dass Impulse notwendig sind, war man sich jüngst beim Festakt anlässlich der Rede, die Charles de Gaulle am 9. September 1962 in Ludwigsburg der deutschen Jugend gewidmet hat, einig. Ich konnte als junger Mann vor vierzig Jahren dabei sein und weiß, welche starken Impulse mir diese Begegnung gegeben hat.

Der deutsch-französische Dialog darf sich in Zukunft nicht allein auf die gewohnten Strukturen und Vorgehensweisen der Vergangenheit fixieren. Vielmehr muss auch ein Augenmerk darauf gerichtet werden, die gegenwärtigen Umbrüche und die Suche nach neuen, tragfähigen Grundlagen für die Gesellschaft von morgen zu thematisieren.

Deutschland und Frankreich haben eine einmalige Erfolgsgeschichte über die Aussöhnung zur Freundschaft geschrieben. Es gilt nun, diese Erfolgsgeschichte mit Kraft und Augenmaß, mit Mut und Zuversicht in die Zukunft fortzuschreiben. Es gilt verstärkt, dabei andere europäische Partner einzubeziehen. Die Kraft der Freundschaft muss genutzt werden, um die großen Herausforderungen der Erweiterung der Europäischen Union zu meistern.

Gewinnen wir die junge Generation für diesen Prozess mit Themen und Inhalten. Die Jugendlichen heute sind sehr pragmatisch, sie wollen konkrete und praktische Probleme in Angriff nehmen, die aus ihrer Sicht mit persönlichen Chancen verbunden sind. Es geht ihnen um Leistung und Einfluss. Sie erwarten mit Recht Antworten auf drängende Fragen, wie die junge Generation in den wirtschaftlichen Prozess zu integrieren ist.

Die kulturelle Zusammenarbeit

Aufgrund der Kulturhoheit der Länder kann es in Deutschland keinen Bundesminister geben, der in Schul-, Hochschul- und Kulturfragen für die Länder sprechen könnte. Deshalb benennen die Ministerpräsidenten entsprechend dem Ély-

sée-Vertrag einen aus ihrer Runde, der jeweils für vier Jahre ihr Sprachrohr gegenüber Frankreich ist. Dieser „Bevollmächtigte für die kulturellen Beziehungen mit Frankreich“ wird von der Kultusministerkonferenz und dem Auswärtigen Amt unterstützt. Seine Aufgabe besteht also darin, die Kooperation mit Frankreich in den Fragen von Schule und Kultur zu bündeln und anstehende Probleme im Gespräch mit den französischen Partnern und Ministern zu klären.

Der erste Bevollmächtigte der Bundesrepublik Deutschland war der ehemalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg Kurt Georg Kiesinger, der dieses Amt von 1963 bis 1966 innehatte. In den Jahren von 1971 bis 1974 war es wiederum ein baden-württembergischer Ministerpräsident, nämlich Hans Filbinger. Und 1987 bis 1990 wurde Lothar Späth von der Ministerpräsidentenkonferenz für dieses Amt berufen. Diese Tradition konnte ich von 1995 bis 1998 fortführen. Wegweisende Initiativen wie der zweisprachige Fernsehsender *arte* und die Gründung der Deutsch-Französischen Hochschule wurden von den Bevollmächtigten ergriffen. Die Länder legen Wert darauf, dass diese wichtige Funktion auch in Zukunft erhalten bleibt und gestärkt wird.

Der Europäische Konvent

Ein wichtiger Impuls für den europäischen Einigungsprozess wird vom Konvent zur Zukunft Europas erwartet, bei dem ich als Vertreter des Bundesrats mitwirke. Der Europäische Konvent hat vom Europäischen Rat von Laeken den Auftrag erhalten, bis Mitte 2003 einen Entwurf für die künftige Verfassung der Europäischen Union vorzulegen. Ziel des künftigen Verfassungsvertrages muss es sein, die Handlungsfähigkeit der sich auf 25 und mehr Mitglieder erweiternden Europäischen Union zu erhalten und die Europäische Union zugleich demokratischer und bürgernäher zu gestalten.

Hauptanliegen der deutschen Länder im Konvent ist eine befriedigende Lösung der Kompetenzfragen. Dabei gibt es große Übereinstimmung mit französischen Konventsmitgliedern.

Es besteht Einigkeit, dass Europa bei den Bürgerinnen und Bürgern wieder auf mehr Akzeptanz stoßen wird, wenn es gelingt, das Subsidiaritätsprinzip, das das ursprüngliche Recht der kommunalen und regionalen Ebene betont, in Europa stärker zur Geltung zu bringen. Nur was über die Kräfte der unteren Ebenen hinausgeht, darf auf europäischer Ebene angesiedelt sein, also beispielsweise Fragen des Binnenmarktes oder – neu – der Außen- und Sicherheitspolitik.

An diesem Maßstab sollten sich auch die eingangs zitierten Aktivitäten der Bundesregierung zur Wiederbelebung des deutsch-französischen Motors ausrichten. Das Anfang Dezember von den beiden Außenministerien vorgelegte Papier zur europäischen Innen- und Rechtspolitik ist zwar in vielen Punkten zu loben. Aus Sicht der Länder ist aber auf die Kompetenzverteilung hinzuweisen, zum Beispiel bei der Frage der Einrichtung einer europäischen Grenzpolizei.

Im institutionellen Bereich sind die deutsche und die französische Position sicherlich nicht so weit auseinander, wie dies manchmal dargestellt wird. Richtig ist, dass nach französischen Vorstellungen primär die Rolle des Ratspräsidenten gestärkt werden soll; deutsche Vorstellungen neigen demgegenüber eher zu einer stärkeren Betonung der Gemeinschaftsmethode, besonders auch zu einer Stärkung des Kommissionspräsidenten und dessen Wahl durch das Europäische Parlament. Letztlich wird es aber nicht um einen Dualismus zwischen Rat auf der einen, Kommission und Parlament auf der anderen Seite gehen können. Alle drei Institutionen haben eine spezifische Rolle im europäischen Ganzen.